

Volks-Zeitung

Abendblätter: Otto Kahlke, Berlin-Regio...
Minibrot 0,04
Schrippe 0,03
Misch 0,03
Umbränge 1,00
Schokolade 1,00
Koks 3,00

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zucker an Flachen reichlich, Preise nachgehend.
Kahelau 0,50-0,70
Zander 2,00-2,50
Aale 1,50-1,80
Heringe 0,40
Heringe 0,50-0,85
Butter 1,50-2,00

Strassenbahn...
Hochb. 2,015-2,20
Grüdbahn... 11,025, 111,015
Telefon 0,15, Automat 0,15
Eintreter-Karte 0,25

England wird wieder aktiv

MacDonald soll das britische Prestige wieder herstellen - Der Kampf gegen die französische Vorherrschaft Die mutmaßlichen Mitglieder der Arbeiterregierung - Lord Parmoor Lordkanzler?

London, 7. Januar. (W. Z. B.)

MacDonald befehlt sich im „Dicker“ mit der Politik der kommenden Arbeiterregierung. Er schreibt: Mit den Geschäften seiner einzigen Nation auf Erden sei derartige Mißwirtschaft getrieben worden wie mit denen Großbritanniens seit dem Kriege. Poincaré habe begonnen, England als eine Null zu behandeln. Die französische Beherrschung des gesamten Kontinents sei jetzt wieder vor Frankreich, das sich weigert, auch nur einen Centime seiner Schuld an England zu bezahlen, verleierte seine Wehrmacht auf Kosten Englands und zwinge England, für die französischen Rüstungen und die französische Industrie Subventionen zu zahlen, während Frankreich zugleich seinen bewaffneten Satelliten und Interregenten im Osten Europas Anleihen gewähre. Die Aufgabe der kommenden Arbeiterregierung sei, die Ehre Großbritanniens aufrechtzuerhalten und den England zunehmenden Einfluß wiederherzustellen. Es müsse den Versuch unternehmen, die Entente aufrechtzuerhalten, die jedoch nur auf der Grundlage des Gleichgewichts oder überhaupt nicht bestehen dürfe. Die selbstmörderische Unterwürfigkeit Englands müsse aufhören.

Kein Beschluß über die Militärkontrollen

Die belgische Antwort

Paris, 6. Januar. (W. Z. B.)

Nach dem „Aurancien“ verlautet, daß die Belgier, die Konferenz, entsprechend dem gestern abgegebenen Communiqué, in ihrer letzten Sitzung nicht über die internationalisierte Militärkontrollen in Deutschland verhandelt, sondern diese Frage nur nebenbei gerechtfertigt hat. Der belgische Minister der Äußeren Angelegenheiten hat dem Minister des Äußeren Japars gestern mit den zuständigen Ministerialabteilungen die endgültige Abfassung der belgischen Antwort auf die belgische Note vom 24. Dezember begonnen. Nach dem Inhalt wird die Note in den Hauptfragen, die das eigentliche Ziel der Konferenz sind, hinsichtlich der Ausfuhr der Verordnungen und der Zollüberprüfung eine sehr feste Haltung einnehmen. Frankreich und Belgien beabsichtigen, die gegenwärtige Lage mit Energie aufrechtzuerhalten.

Der Kampf gegen die Daisse

Wie die französische Währung gestiftet werden soll

Paris, 7. Januar. (W. Z. B.)

Der Finanzminister de Cassandre, der sich gestern mit dem Präsidenten Herriot und dem Minister des Innern über die Fragen des Finanzkurzes unterhielt, erklärte nach dem „Aurancien“, er werde am Dienstag im Ministerrat eine Anzahl von Vorschlägen unterbreiten, die er für nötig halte, um die Spekulation einzufrieren. Außerdem sei es nötig, daß eine Evaluation der Pariser Börse vorgenommen werde, die gegenwärtig von einer Menge unerwünschter Elemente beherrscht werde. Der Minister des Innern sei eingeladen, alle in dieser Richtung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Der Abgeordnete Rucel hat dem Finanzminister mitgeteilt, daß er in der Kammer über die gegen die Spekulation in französischen Franzosen beabsichtigten Maßnahmen in eingehenderen werde. Der Reichswirtschaftsminister Gortals, die erklärte einem Vertreter der „Aurancien“, die Ursachen des Sturzes des französischen Francs seien physikalischer Natur. Das sich ständig verändernde Einfließen der französischen Devisen habe Anfang des letzten Jahres begonnen, als Frankreich sich anständig der Kupferdeckung mit England überworfen habe.

Schnelldienst

Nach einer Meldung aus Düsseldorf sind im dortigen Reichsbahnbezirk 30 000 Reichsbahnarbeiter an dem 6. Januar in die Hände der französischen Besatzungsmächte geraten. Die antifranciaische Stimmung in Spanien nimmt zusehends zu. Das Generalkomitee des Roten Bandes hat die Forderung der Einsetzung der Staatsform, wurde vom Komitee in letzter Sitzung fast einstimmig angenommen. Die bulgarische Besatzung nahm in letzter Sitzung das Gesetz zum Schutz der Gläubiger des Staates an. Der König von Spanien hat in letzter Sitzung den früheren Ministerpräsidenten Garcia Prieta (wie die früheren Minister Manués de Cossío und Garcia Prieta) ernannt. Die Reichsbahn beim Kommando der Draisine, daß das Reichsbahn durch die Draisine gestiftet sein muß. Die Reichsbahn gestiftet in Paris hat gestern die historische Reichsbahn erreicht, an der Reichsbahn, wurde 72 Meter gemessen.

Dollar: 4,2 Billionen

Friede im Metallgewerbe

Das neue Lohnabkommen in der Berliner Metallindustrie Annahme durch die Betriebs- und Arbeiterräte. Am Sonntagabend ist der Streik in der Berliner Metallindustrie beendet und ein Abkommen getroffen worden, das weit über die ursprünglichen Forderungen hinaus von Bedeutung für das deutsche Metallgewerbe ist. In den Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Zentralen Metallarbeiterverband, die übrigens ohne die Mitwirkung des Schlichterstatgelenken haben, ist festgestellt worden, daß in allen Betrieben die Mindestzahl der Arbeiterstunden wöchentlich 48 beträgt. Darüber hinaus kann jedoch, wenn die Verhältnisse es erfordern, täglich neun Stunden gearbeitet werden, und die Leistung wird, allerdings mit Einkürzung des Betriebsrates, im Notfall auf zehn Arbeitstunden täglich verlängert. Ein Nachschubzuschlag tritt erst bei der elften Arbeitsstunde in Kraft. Die Entlohnung beträgt in den einzelnen Stufen 33 bis 48 Pfennig pro Stunde. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte ursprünglich fünf gegen die Festlegung der Arbeitszeit gekämpft, das kann aber nach der Festlegung der Verhandlungen zu scheitern drohen. Auf der anderen Seite haben die Vertreter der Arbeitgeber bei der Festlegung des Lohnes gegenüber ihrem anfänglichen Wunsch Zugeständnisse gemacht. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte am gestrigen Sonntag seine Betriebs- und Arbeiterparlamentarier zusammenberufen, um ihnen das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen und das Abkommen zur Annahme zu empfehlen. Infolge organisatorischer Schwierigkeiten hatte man davon abgesehen, die gesamte Punktliste einer Entscheidung treffen zu lassen. Die beiden Verbandspräsidenten des D. M. A., Bischoff und Ulrich, berichteten über die Verhandlungen und teilten mit, daß die Wiedererrichtung der Betriebsräte im allgemeinen zwar erfolgen werde, daß aber bei Betriebsänderungen in einzelnen Betrieben die Wahlberechtigten in schwerer Weise gegen den Streikfabrik und verlangten Weiterführung des Kampfes, da ihrer Ansicht nach weder die verlängerte Arbeitszeit noch der Lohnabzug von den Belegschaften hingenommen werden könnten. Sie beantragten, daß eine Urabstimmung in allen Betrieben vorgenommen werden solle und die Arbeiterfrage selbst die letzte Entscheidung treffen müßte. Dieser Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Mit übergroßer Mehrheit beschloß die Versammlung schließlich, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen sei.

Streikgefahr im Transportgewerbe

Im Berliner Expeditions- und Transportgewerbe droht ein Streik der Transportarbeiter, der seine Ursache in der Forderung der Arbeiter haben würde, die bisherigen Wochenlöhne von 32 M. auf 24 M. also um 25 Prozent zu reduzieren. Eine hart besetzte Kommission, die gestern in Auftrag gegeben wurde, hat die Lohnkommission beauftragt, bei der am morgigen Dienstag der Gewerkschaftsdirektor angelegten Verhandlungen unter seiner Leitung in einem Schnelldienst einzuwilligen und gegebenenfalls von dem letzten gemeinschaftlichen Mittel Gehör zu machen. Von Arbeitnehmersseite wird betont, daß solange die Arbeiter ihre um 100 bis 300 Prozent erhöhten Löhne nicht abbauen, die Transportarbeiter niemals in einen Lohnabbau einwilligen könnten, denn ihre Löhne sind um 12,5 Prozent hinter den Preisindexstand zurückgefallen. Ein jüdischer Staat abgelehnt, aus Rom wird gemeldet, daß der jüdische Reichstag in Brüssel wurde zum Sejm, dem jüdischen Parlament, abgelehnt.

Auflösung des sächsischen Landtags?

Der Landtagspartei der B. S. D. mit großer Mehrheit gegen die große Koalition - Rücktritt des Ministerpräsidenten Seldt?

Dresden, 7. Januar. (W. Z. B.)

Der sozialdemokratische Landtagspartei, an dem aus Berlin die Abgeordneten Weis, Bismann und Hiltnering von Parteivorstand und mehrere Abgeordnete von der Reichstagsfraktion teilnahmen, hatte nach Referat der Abgeordneten Heißsch und Müller mit 77 gegen 16 Stimmen eine Entscheidung, in der er der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagspartei das schärfste Mißtrauen auspricht, weil sie entgegen dem Beschluß des Landtagspartei vom 2. Dezember mit der Volkspartei und den Demokraten eine Regierung gebildet und mit den Stimmen der Bürgerlichen einen Ministerpräsidenten gewählt und sich damit eines großen Bruchs der Parteizucht schuldig gemacht hat. Der Reichstag verlangt den Rücktritt des Ministerpräsidenten Seldt und fordert von der Fraktion, sofort für die Auflösung des Landtags mit allen Mitteln einzusetzen. Darauf gab der Abgeordnete Wirth namens der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagspartei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, daß die Fraktion der gesamten Partei die volle Verantwortung zu tragen. Sie werde die Entscheidung des am 10. März d. J. tagenden Reichstages abwarten, der über die Grundlinien für die sozialdemokratische Politik zu bestimmen habe. Nach einvernehmlicher Beratung nahm der Reichstag zu dieser Erklärung folgende Stellung: „Auf die Erklärung der Reichstagspartei erklärt der Landtagspartei, daß die B. S. D. in Sachsen nach dem gefassten Beschluß an dem Kabinett Seldt nicht beteiligt und für die Koalitionsregierung nicht verantwortlich ist. Der Reichstag fordert, daß trotz der Erklärung der Reichstagspartei keine Beschlüsse entsprechend der angenommenen Resolution durchgeföhrt werden.“

Weiter wurde ein Antrag Eipinkis (Leipzig) angenommen, nach dem die oppositionell eingestellten Genossen aus disziplinären Gründen von der Partei ausgeschlossen werden sollen.

Amlich wird gegen 2 Uhr mittags durch die Staatskanzlei mitgeteilt, daß der Ministerpräsident Seldt nicht in der Lage sei, zurückzutreten, da nach der Verfassung lediglich der Reichstag über das Verbleiben im Amt bestimmen zu treffen habe.

Neuwahlen in Lübeck

Lübeck, 6. Januar.

Bei dem heutigen Volksentscheid über die Frage, ob der Senat zurücktreten solle, wurden von 84 862 Wahlberechtigten 73 747 Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf „Nein“ (für das Verbleiben des Senats) 44 151, auf „Ja“ (für den Rücktritt des Senats) 29 596 Stimmen. Nach diesem Ergebnis wird der Senat die Bürgerchaft auflösen und Neuwahlen ausgeschrieben, die innerhalb 45 Tagen stattfinden müssen.

Verhaftungen in Stuttgart

Stuttgart, 6. Januar. (W. Z. B.)

Am Sonntagabend nachmittag wurden hier der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bary und der mitunterzeichnete Reichstagsabgeordnete Karl Müller nebst weiteren vier ehemaligen Mitglieder der kommunistischen Partei von der Kriminalpolizei verhaftet. Von den Festgenommenen wurden alle mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Bary, der im Besitz von belastendem Material gewesen sein soll, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Neuer Bombenwurf in Tokio. Neuer Wurf auf Tokio: Vor dem kaiserlichen Palast fand in Abwesenheit der kaiserlichen Familie eine Rundgebung statt, in deren Verlauf ein Anreger (1) eine Bombe schleuderte. Die jedoch nicht explodierte. In seinem Besitz sollen drei weitere Bomben gefunden worden sein.